

II-11753 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5728/J

1993-12-02

ANFRAGE

der Abgeordneten Kraft
und Kollegen
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend die Telefongebühren

In den abseits gelegeneren ländlichen Gegenden regt sich vermehrt Unmut über die Telefontarifgestaltung der österreichischen Post. So wird kritisiert, daß infolge der relativ engen Zonen für den Ortstarif und der infolge des allgemeinen Anwachsens des Telefonverkehrs häufigen Überlastung der Telefonleitungen von Behörden und sonstigen öffentlichen Telefonstellen in den Städten Anrufer vom Land oftmals mehrere Minuten auf eine freie Leitung warten müssen. Anrufern aus dem ländlichen Raum erwachsen dadurch überproportional hohe Telefonkosten.

Da die Landbevölkerung häufig sowohl infrastrukturell als auch einkommensmäßig benachteiligt ist, richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr nachstehende

Anfrage

- 1) Wäre es nicht unter regionalpolitischen und sozialpolitischen Überlegungen wünschenswert, die Zone für den Ortstarif auszuweiten und somit auch Bewohnern abgelegenerer Gegenden unseres Landes eine günstige Telefonbenützung zu ermöglichen?
- 2) Die österreichischen Telefontarife gehören nach wie vor im europaweiten Vergleich zu den höchsten. Hat die österreichische Post- und Telegraphenverwaltung bereits ihre Spielräume zur Tarifsenkung ausgenutzt? Wenn nicht, womit begründen Sie dies?
- 3) Wie wollen Sie nach der 1994 ins Auge gefaßten rechtlichen Ausgliederung der Post- und Telegraphenverwaltung gewährleisten, daß die Post weiterhin ihrem gesetzlichen Auftrag einer flächendeckenden Versorgung mit Telekommunikationsdienstleistungen auch für sozial schwache Bevölkerungsgruppen zu erschwinglichen Preisen bzw. Tarifen nachkommt?